

# Frankfurter Rundschau

Druck- und Verlagsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH

Druck- und Verlagsgesellschaft Frankfurt am Main GmbH  
Geschäftsführer: Dr. Horst Engel (Vorsitzender), Franz Nabbholz, Rudolf Kohlmeier  
Postfach 26 06, Große Eschenheimer Straße 16—18, 6000 Frankfurt am Main 1

Chefredaktion und Vorsitzender der Redaktion: Werner Hoyer

Redaktionsleitung: Hans-Herbert Geisel — Horst Wolf  
Chef vom Dienst: Christian M. Schöne

Verantwortliche Redakteure: Dr. Gerhard Ziegler (Politik); Roderich Reifenrath (Innenpolitik); Dr. Karl Grobe (Außenpolitik); Hans Michael Rathert (Nachrichten); Horst Köpke (Kulturpolitik und Feuilleton); Fritz Kral (Wirtschaft); Horst Wolf (Frankfurt); Erwin Krauser (Gießen); Wolfgang Fieckenstein (Rhein-Main); Bert Metz (Sport); Peter Klünkenberg (Zeit und Bild und Wissenschaft); Reporter: Karl-Heinz Krumm; Hans-Helmut Kohl (Hessen).  
Weitere leitende Redakteure: Delfer Franke, Peter Eden, Jürgen Kiota, Jutta Rotzen, Wolfram Schütte, Erich Stör, Wolfgang Valentin, Lothar Vetter, sämtlich Frankfurt am Main, Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bonner Büro: Eghard Mörbitz, Volkmar Hoffmann, Rolf-Dietrich Schwartz.

Herausgeber und Chefredakteur: 1946—1973 Karl Gerold

## Reform nach hinten

Von Karl-Heinz Krumm

Nach der Bonner Wende haben die Freien Demokraten entgegen ihren früheren Überzeugungen und öffentlichen Bekundungen einer Änderung des geltenden Demonstrationsstrafrechts zugestimmt, weil die verunsicherte FDP-Spitze die neue Partnerschaft mit der CDU/CSU nicht von Anfang an durch Unnachgiebigkeit belasten mochte. Punkt für Punkt hat dann Justizminister Engelhard diesen Koalitionskompromiß, gemeinsam mit den Rechtspolitikern der Union, in einen Gesetzesvorschlag umgesetzt und dadurch — wen wundert's eigentlich? — den alten Streit mit den reaktionären Ordnungspolitikern der Union wieder auflösen lassen.

Nun also soll, so hat der forsche Innenminister Friedrich Zimmermann angekündigt, das Bundeskabinett über den ungeliebten Engelhard-Entwurf entscheiden, als ob man in einem Koalitionskabinett einfach mit Mehrheit abstimmen und damit den Streit erledigen könnte. Man darf gespannt sein, ob der in dieser Frage auffällig stille Genscher und die FDP sich durch den Druck der CSU-Riege endgültig vom rechtspolitischen Pfad der Tugend stoßen lassen.

Zimmermann und seine eifrigen Agitatoren begründen, wie nicht anders zu erwarten, ihre Forderung nach den alten „Kaiser-Wilhelm“-Bestimmungen über den Landfriedensbruch seit Sonntag aus mit den schlimmen Krefelder Krawallen und behaupten, mit einem härteren Demonstrationsstrafrecht wären diese Vorgänge nicht passiert. Diese Argumente und der zum Teil börsartige Stil der Auseinandersetzung über Krefeld erinnert fatal an die emotionsbeladenen Terrorismus-Debatten früherer Jahre.

In Krefeld aber, das müßte selbst der Bundesinnenminister inzwischen erfahren haben, fanden die friedliche Massendemonstration und die Krawalle einiger hundert angetrübter Chaoten an getrennten Orten statt; was diese Randalierer anrichteten, ist durch andere Bestimmungen des Strafrechts ausreichend abgedeckt: Sachbeschädigung, Körperverletzung, Nötigung.

Die Debatte über das Demonstrationsstrafrecht leidet, seit Jahren schon, unter der Tatsache, daß die lauten Befürworter einer härteren Gangart, man muß annehmen, wider besseres Wissen, hartnäckig immer und immer wieder dieselben falschen Argumente herunterbeten, als ob nachweislich Falsches durch ständige Wiederholung richtig würde. So wird nach wie vor und unbeeinträchtigt von „gewalttätigen Demonstranten“ geredet und geschrieben — Absicht oder nur Gedankenlosigkeit? Tatsächlich sollte man grundsätzlich zwischen Demonstranten und Straftätern unterscheiden: Wer Steine wirft oder gar Molotow-Cocktails demonstriert nicht, nimmt nicht mehr an öffentlichen Meinungsbildungsprozessen teil, sondern verstößt, bewußt und gewollt, gegen geltendes Recht.

Gleichwohl geben auch die Befürworter härterer Landfriedensbruch-Paragrafen vor, ihnen ginge es allein darum, Krawallmacher und Gewalttäter zu erwischen, und sie wollen deshalb künftig auch friedliche Demonstranten mit der Keule des Strafrechts bedrohen, wenn sie sich nach erfolgter Aufforderung durch die Polizei nicht sofort entfernen.

Das ist eine seltsame, eine gefährliche Logik, die da unverdrossen verkündet wird und die nur einen Sinn bekommt, wenn das stets Unausgesprochene auch gesagt wird: Tatsächlich wollen Zimmermann und seine Anhänger doch wohl ein reines Abschreckungsinstrument schaffen, das jede Demonstration für jeden Bürger zum Risiko werden und deshalb vielleicht gleich zu Hause bleiben läßt.

Bonner Christdemokraten haben auch den Rücktritt des Düsseldorf-er Innenministers Herbert Schnoor verlangt, weil er angeblich in Krefeld total versagt habe. Ein absurder Vorwurf; denn Krawalle solcher Art hat es schon immer gegeben und werden uns auch in Zukunft wohl leider nicht erspart bleiben. Ein Wundermittel aber hat selbst eine moderne Polizei dagegen nicht zur Verfügung, es sei denn, man wolle die garantierten Bürgerrechte rigoros einschränken.

Richtig allein an dem ganzen Wust der lauten Vorwürfe und besserwisserischen Behauptungen ist, daß Polizei und Ermittlungsbehörden seit Jahren bei Rechtsverstößen am Rande von Massenversammlungen in Beweisnöten stecken. Aber die Vorlage klarer und zweifelsfreier Beweise ist für jede Verurteilung eines Straftäters unerlässlich; diesen ehernen Rechtsgrundsatz kann man nicht durch einen gesetzgeberischen Trick ganz oder teilweise beseitigen. Und schließlich: Auch Steuerbetrügereien oder einfache Diebstähle werden nur zu einem sehr geringen Teil aufgeklärt und geschnitten.

Gewiß: Die Polizei hat das Recht, reisende Gewalttäter, wenn denn konkrete Sachverhalte vorliegen, vorbeugend festzunehmen, um sie „vor der unmittelbaren bevorstehenden Begehung einer Straftat abzuhalten“. Aber auch bei dieser Methode setzen die Grundrechtsgarantien enge Grenzen; Wer einmal bei Demonstrationen aufgefallen ist, kann nicht danach bei jeder anderen Großveranstaltung „vorbeugend“ eingesperrt werden; das wäre eine unzulässige Grundrechtsverwirkung. Er muß schon durch mitgeführte Farbbeutel, Steine oder anderes Utensil den Verdacht konkret begründen, nicht nur friedlich demonstrieren zu wollen.

Rechtliche Bedenken, Ratschläge der Praxis oder Warnungen von Experten aber haben bislang die Wortführer der Union überhaupt nicht beeindruckt. Sie wollen endlich die „Reform nach hinten“ durchsetzen — um jeden Preis, wie es aussieht. Die Liberalen stehen deshalb vor einer schweren Herausforderung.

## Ruhig schlafen

Wenn zwei dasselbe tun, sagt man, ist das noch lange nicht dasselbe. Der Spruch bewährte sich jetzt wieder einmal beim Thema Verteidigungsetat. Mit ihren Steigerungsraten war Bonns frühere Regierung gewöhnlich unter dem NATO-Ziel geblieben, das einmal mit „real drei Prozent“ festgelegt worden war. (Real: nach Abzug der Inflationsrate.) Mit „knapp ein Prozent“ verfehlten nun die Neuen das NATO-Voll sogar um weite Strecken.

Hier sollen nicht die leidigen „drei Prozent“ verteidigt werden. Sie waren wohl immer eine künstliche Zahl, die die wirkliche Qualität von Verbesserungen nicht reflektieren konnte. In einer Welt, in der die Staatseinkünfte nicht mehr so fließen wie früher, schaffe sie jetzt nur noch Ronald Reagans Amerika mit seiner Rüstungsbegeisterung das Klassenziel.

Doch ein Phänomen gilt es zu registrieren. Verteidigungsminister Wörner

Vorgänger, Hans Apel, mußte sich manche süffisanten Kommentare anhören. Irgendwann kam dann auch unterschwellig der Vorwurf durch, daß es mit dem Verteidigungswillen der SPD nicht so weit her sein könne. Anders bei Wörner. Dem konservativen Minister spricht niemand die „Wehrfreude“ ab, und schon gar keiner zweifelt seine Bündnistreue an. Unbeeirrt steht die Regierung zu den amerikanischen Freunden. Da hat es die CDU gut.

Die Bundesbürger können ruhig schlafen. Die Sicherheit, die garantiert der Verteidigungsminister, bleibt gewährleistet. Ein Prozent statt drei Prozent; Gerade jene Bevölkerungsschichten, die zu Opfern auferufen sind, werden es der Bundesregierung Kohl nicht verübeln. Nur die Wehrpflichtigen haben nichts zu lachen. Auf eine Erhöhung ihres Solds müssen sie verzichten. Steht wirklich, wie Wörner sagte, „der Mensch im Vordergrund“? (Bonn)

## Pamphlet statt Gutachten

Der Verteilungskampf in Wirtschaft und Gesellschaft verlagert sich in nächster Zeit von der Lohnfront an die Gefechtslinie um Arbeitszeitverkürzungen. Und pünktlich meldet sich die herrschende Lehre der Wissenschaft; natürlich — auf der Seite der herrschenden Kräfte. Etwas schief gerät diese Optik der Unabhängigkeit zwar, weil die Gutachter in ihrer wissenschaftlichen, teilweise auch beruflichen Existenz von ihren staatlichen Auftraggebern abhängig sind, die sie „unabhängig“ zu beraten haben. Aber Experten nach der Melodie „was Brof' ich ess', des' Lied' ich sing'“ wollen sich die berufenen Politikberater auf ihrem Elfenbeinturm natürlich nicht vorwerfen lassen.

Die Hilfestellung für den Wirtschaftsminister, den Patron der unternehmerischen Wirtschaft, empfindet Graf Lambsdorff — wie aus seiner Umgebung zu hören ist — diesmal sogar als entschieden zu dick aufgetragen. Die eher ein „Pamphlet“ denn ein ein

„Gutachten“ gegen Arbeitszeitverkürzungserinnernde Streitschrift strotzt geradezu von einer so peinlichen Einseitigkeit, daß die Beliebigkeit der Argumente nicht zu überbieten ist und Widersprüchlichkeiten auf engstem Raum nicht gescheut werden. Da lehnen die immerhin zu den Spitzen der bundesdeutschen Nationalökonomie zählenden Professoren in einem Atemzug Arbeitszeitverkürzung ab, weil sie zu viele Neueinstellungen und weil sie überhaupt keine Neueinstellungen zur Folge hätte. Ihren Studenten würden sie sicher schon im 2. Semester keine Arbeit durchgehen lassen, die nur der einen unwissenschaftlichen Devisse folgt, daß der Zweck die Mittel heiligt.

Ob sie ihrem „Dienstherren“ an der Spitze des Wirtschaftsministeriums damit einen Gefallen für die kommenden Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften getan haben, dürfte der Chef selbst bezweifeln. Einen Hauch von Neutralität braucht auch er für seinen Job. (Bonn)

# Athen hofft auf viel mehr Geld

## Griechenlands Präsidentschaft in der EG: Thema ist der Nord-Süd-Konflikt

Von Erich Hauser (z. Z. Athen)

„Ich bin froh“, sagt Griechenlands Premierminister Andreas Papandreu, „daß Bundeskanzler Kohl in Stuttgart nachgegeben hat.“ Ein aufschlußreicher Satz in einer Pressekonferenz, die Athens Fast-Alleinherrscher wenige Tage vor Beginn des griechischen Präsidentschafts-Halbjahrs in der Europäischen Gemeinschaft für 17 aus Brüssel herbeigeholte Journalisten der übrigen EG-Länder gibt.

Während noch weite Teile der griechischen Öffentlichkeit ihre sozialistische Regierung mit der EG in ähnlichem Dauerkonflikt wännen wie mit den USA in der Frage von Militärstützpunkten, peilt Papandreu das möglicherweise gewaltigste Erfolgserlebnis für das empfindliche Nationalgefühl seiner zehn Millionen Landsleute an. Auf dem Athener EG-Gipfel im Dezember könnte er — wenn alles gut geht — der Streitschlichter sein zwischen Frankreichs Staatschef Francois Mitterrand und Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher. Für einfache Griechen fast unvorstellbar, handelt es sich doch um immer noch glänzende ehemalige Weltmächte.

In der Umgebung seiner beflissenen Hofschranzen wirkt Papandreu, der ehemalige amerikanische Professor und Sohn eines früher politisch ebenso bedeutenden Vaters, beinahe so, wie ein aufgeklärter deutscher Landesfürst des 18. Jahrhunderts mit damaliger „Paris-Erfahrung“ gewirkt haben könnte. Kritische Fragen der fremden Journalisten werden von Papandreu selbst mit nicht allzu billigem Gesichtsausdruck, von ihm aber freundlich-sachlich beantwortet.

Die Zusammenhänge sind klar. Für den möglichen eigenen Ruhm sieht es der sozialistische Landesherr als Glücksfall an, daß „die vielleicht kriech-

ern ausgehlichen werden, die wirtschaftliche „Konvergenz“ (Zusammenführung) zumindest in Aussicht stehen. Und der spanisch-portugiesische Beitritt, den die Bonner so sehr wollen, wird in der künftigen Gemeinschaft die fordernde Südfanke stärken.

Deshalb will Papandreu in den nächsten Tagen höchstselbst als „EG-Präsident“ nach Madrid reisen. Aber die Ablegung des französischen Widerstands gegen Spaniens Beitritt sieht er auf einer „sozialistischen Schiene“. Er möchte Mitterrand und den spanischen Regierungschef Felipe Gonzalez bewegen, das Problem in zweiseitigen Verhandlungen auszuräumen.

Von Athens eigenen Sonderproblemen mit Brüssel will sich Papandreu überhaupt nicht stören lassen. Obgleich er noch vor nicht allzu langer Zeit vor griechischen Journalisten von einem „Ultimatum“ an die Gemeinschaft sprach, sind das jetzt angeblich nur noch „technische Probleme“. Wenn es nach Stuttgart im Dezember in Athen gelingt, den Geldhahn des reichen westeuropäischen Nordens für den armen Süden der Gemeinschaft aufzudrehen, erbringen sich hochstilisierte Querelen.

Der griechische Agrarminister Konstantin Simitis, ein Bruder des hessischen Datenschutz-Beauftragten, hat die Linie seines Partei- und Regierungschefs voll begriffen. In die „Reform-Verhandlungen“ der EG-Außen- und -Finanzminister will er als amtierender Präsident des Agrarministerrates möglichst wenig eingreifen, denn seine Kollegen aus den nördlichen Gemeinschaftsländern würden doch nur gegen die in Stuttgart halbwegs programmierten Sparmaßnahmen bei der Stützung der Milch-, Fleisch- und Getreidepreise opponieren. Und je mehr in diesen Bereichen gespart wird, desto mehr steht

länglichheit der griechischen Bürokratie. An ihr liege es vor allem. Der Beihilfenantrag eines holländischen Bauern sei nach 15 Tagen in Brüssel, der eines Griechen brauche mehr als sechs Monate. Von der Ausfüllung aller Voraussetzungen ganz abgesehen.

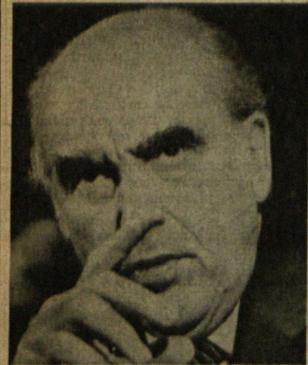
Außenminister Yannis Charalambopoulos mit seinem zum Markenzeichen gepflegten Super-Schnurrbart hält den Brüsseler Journalisten als künftiger EG-Ratspräsident einen langatmigen Vortrag, wobei er sich mit bedeutungsschwerer Miene mehrmals wiederholt. Jedem Zuhörer drängt sich der Eindruck auf: Wenn dieser Mann die geplanten Mammut-Verhandlungen für die EG bis Ende November leiten soll, stünde Papandreu am 6. Dezember vor einem Desaster und die Gemeinschaft auch. Schwer vorstellbar, daß der Franzose Claude Cheysson, der Brite Sir Geoffrey Howe oder der sitzfleischlose Hans-Dietrich Genscher einen solchen Vorsitzenden ertragen könnten. Zum Glück gehen in Athen Gerüchte um, Charalambopoulos sei ablösungsfähig.

Wie als Bestätigung erklärt Europa-Staatssekretär Grigoris Varfis den Brüsseler Gästen, er sei „zuversichtlich“, daß ihm die Leitung der in Stuttgart geplanten Sondertagungen der EG-Außen- und -Finanzminister zufalle. Zwischen September und Mitte November sieht er mindestens drei solcher Sondertagungen, die sich jeweils auf fast eine Woche erstrecken könnten.

Varfis ist tatsächlich Herr der Details. Die Zusage Kohls für höhere EG-Einnahmen ist nicht so felsenfest, wenn nicht echte Einsparungen in der EG-Agrarpolitik erfolgen. Wieweit sie möglich sind, wenn Brüsseler Ausgaben für



Griechische Beispiele: Simitis.



Froh über Kohl: Papandreu. (Bilder: Archiv)



Wiederholt sich: Charalambopoulos.

tischen sechs Monate in der Geschichte der EG“ in die erste Präsidentschaftsperiode ihres jüngsten Mitgliedslandes fallen. Griechenlands Hoffnung liegt in einem künftig viel stärkeren Geld-Zufluß aus den Brüsseler Gemeinschaftskassen. Daß Helmut Kohl auf dem Stuttgarter EG-Gipfel sich über alle Warnungen seines Bundesfinanzministers hinweg zu einer Aufstockung der EG-Finanzrahmen im Zusammenhang mit dem Beitritt Spaniens und Portugals bereit erklärt hat, erleichtert die Sache. Im wesentlichen gilt es nur noch, den Widerstand Frankreichs gegen diese „zweite Süderweiterung“ und dann noch den jetzt allein britischen Widerstand gegen die Aufstockung der EG-Finanz zu überwinden.

Zeitlicher Zielpunkt ist für den Griechen der Beginn des Jahres 1986. Nichts hält er von den in der bundesdeutschen Öffentlichkeit und in London noch hochgehaltenen Spar-Ideen. Wenn die von den Deutschen in Stuttgart auf Grund des Genscher-Colombo-Plans durchgeboxte feierliche Erklärung zur „Europäischen Union“ einen Sinn erhalten soll, muß endlich der Unterschied zwischen reichen und armen EG-Län-

der für die „Mittelmeer-Landwirtschaft“ zur Verfügung. Auch für ihn ist die Maxime klar: In Brüssel darf nicht wirklich gepart werden, sondern der Geldfluß, auch aus dem EG-Agrarfonds, muß nur umgelenkt werden in den armen Süden der Gemeinschaft.

Simitis erzählt den Journalisten zwei illustrierte Fälle. Als Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle jüngst seinen EG-Kollegen einen Allgäuer Musthof vorgeführt habe, seien zwei Urteile gefallen. Der dänische und der niederländische Minister hätten gefunden, der Hof sei „absolut veraltet“. Er — Simitis — und die meisten anderen hätten gedacht: „Wenn wir nur viele solcher Höfe hätten.“

Das zweite Exempel war noch drastischer. Von 8000 bis 10000 Bauern in Nordgriechenland, die EG-Beihilfen zur Modernisierung ihrer Landwirtschaft brauchten, konnten nur elf die nötigen „Hof-Entwicklungspläne“ einreichen. Aber nur vier davon seien in Brüssel als korrekt gebilligt worden.

Simitis, der dank seines Exils während der Militärdiktatur fließend Deutsch, Englisch und Französisch spricht, verschweigt nicht die Unzu-

die Preisstützung der „nördlichen Landprodukte“ reduziert und gleichzeitig die der „südlichen Produkte“ zur Vorbereitung des spanisch-portugiesischen Beitritts aufgestockt werden, um Frankreichs Widerstand zu überwinden, ist Sache von Glaube und Hoffnung.

„Wir wollen unsere EG-Präsidentschaft objektiv wahrnehmen“, sagen alle, von Papandreu bis hin zu Varfis. Aber einhellig sprechen sie von der „Notwendigkeit“ höherer EG-Finanzmittel, und das Wort „Sparen“ kommt bestenfalls eingeschränkt vor, wenn es um bisherige Kassengewinne „reicher“ EG-Länder geht.

Der Nord-Süd-Konflikt auf EG-Ebene scheint im zweiten Halbjahr 1983 das eigentliche Thema zu werden. Selbst Papandreu glaubt nicht, daß alle Probleme im Dezember lösbar seien. Aber schon in Stuttgart sahen Kohl und Genscher voraus, es würde vielleicht gar nicht ungeschicklich sein, den Franzosen die dritte Rate des Erfolgs bei der Reform der Gemeinschaft zu Paris an. Im ersten Halbjahr 1984 hat Brüssel nach dem EG-Alphabet die Präsidentschaft inne.

# Die zweitwichtigsten Fragen wurden immerhin erledigt

## Kontaktgruppen, Koordinatoren, Superkoordinatoren und ein Präsident wollen UNCTAD in Belgrad retten

Von Pierre Simonitsch (z. Z. Belgrad)

Einige legten Wert darauf, beim Schlufgerangel der 6. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD VI) persönlich mitzumischen; der französische Außenminister Claude Cheysson, der deutsche Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, EG-Kommissar Edgar Pisani, DDR-Außenhandelsminister Horst Sölle sowie Minister aus den skandinavischen Ländern und vor allem aus der Dritten Welt. Anderen reicht es, ihre Interessen von Beamten vertreten zu lassen. Dazu gehören die Amerikaner, die Sowjets und die Schweizer. Im Diplomatenjargon nennt man solches Leistretzen „Low profile“ — ein Vergleich mit abgefahrenen Autoreifen, die bei der nächsten Kurve ausschlagen.

Wenn Amerikaner und Russen in Belgrad mit flachem Profil auftreten, heißt das aber nicht, daß sie die Fäden aus den Fingern gleiten lassen. Mehrere Industriestaaten verfolgen es das Ziel, den Entwicklungsländern keine Zugeständnisse zu machen, die etwas kosten. Noch nie war der Nord-Süd-Dialog dem Zusammenbruch so nahe wie jetzt.

UNCTAD VI hätte am Donnerstag zu Ende gehen sollen. Bisher sind aber erst einige zweitrangige Themen wie eine internationale Hilfe für die Sabel-Zone, die Handelschiffahrt, der Technologie-transfer und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern erledigt.

Unerwartete Schwierigkeiten bereitet eine Resolution über den internationalen Handel. Die Entwicklungsländer und der Ostblock bestehen auf freiem Zugang zu den Märkten der westlichen Industriestaaten und fordern die Festlegung eines Datums, wann die Handelsbarrieren fallen. Dieser Forderung

will der Westen nicht nachgeben, um so weniger, als die Länder der Dritten Welt selber nicht auf protektionistische Maßnahmen zum Schutz ihrer Wirtschaft verzichten. Die kommunistischen Staaten unterstellen ihren Handel ohnehin nicht den Regeln des Marktes, sondern einer staatlichen Planung.

Hinter dem Streit um die Handelsbedingungen vermutet Graf Lambsdorff den langen Arm Moskaus. Den Vorsitz des zuständigen Ausschusses führt nämlich ein Ostblockvertreter, der junge bulgarische Vizeminister für Außenhandel, Georgi Pirinski. Als Ergebnis der vierwöchigen Verhandlungen zwischen 163 Staaten liegt jetzt ein umfangreiches Papier auf dem Tisch, das die kontroversen Standpunkte enthält und es allein bei der Präambel auf 18 Paragraphen bringt. Eine Einigung auf dieser Basis scheint unmöglich. Helfend versucht das UNCTAD-Sekretariat einzugreifen, indem es ein Kompromißpapier unter die Leute brachte. Dieses fand aber nicht einmal die Zustimmung der „77“ — der inzwischen auf 125 Mitglieder angewachsenen Gruppe der Entwicklungsländer.

Für den Endspurt hat die Konferenz auf ein bewährtes Verhandlungsschema zurückgegriffen, um etwas Ordnung in den Stimmenwirrwarr zu bringen. An der Spitze der Pyramide steht der Konferenzpräsident, der jugoslawische Außenminister Lazar Mojsov. Um ihn schart sich eine Kontaktgruppe, bestehend aus neun Vertretern der Dritten Welt, einem Chinesen, sechs westlichen und drei Ostblockdelegierten.

Parallel dazu hat jede geographische Region — Afrika, Asien, Lateinamerika, der Westen einschließlich Japan, Ost-

europa und China — einen „Koordinator“ bestimmt, der mit den Vorschlägen zwischen dem Präsidenten und der eigenen Gruppe hin und her pendelt. Für den Westen verhandelt ein Norweger, für den Ostblock ein Diplomat der DDR. Die Hauptakteure bleiben im Hintergrund. Das ganze Gebilde wurde am Donnerstag durch die Ernennung von zwei „Superkoordinatoren“, den schwedischen und den indonesischen Handelsminister, überbaut.

Es verhandelt also jetzt nicht mehr 163 Staaten miteinander und gegeneinander, sondern nur mehr ein Dutzend. Diese müssen aber für jede Entscheidung die Zustimmung ihrer Bündnispartner einholen, was nicht einfach ist; denn in der Wirtschaftspraxis verteidigt jeder seine hautnahen Interessen.

Aus dem Ostblock hat sich schon vor Jahren Rumänien davongeschlichen. Es wurde Mitglied der „77“, wo es Gastrecht in der lateinamerikanischen Gruppe fand. Jugoslawien schloß sich den Entwicklungsländern der asiatischen Gruppe an. Jetzt geht das Gerücht um, die Türkei wolle den westlichen Block verlassen und ebenfalls als Entwicklungsländer anerkannt werden. Was vom wirtschaftlichen her durchaus einleuchtet, vergrößert die politische Verwirrung. Wie werden Portugal und Griechenland reagieren, wenn die Türkei ihren Vorteil an der Seite der „77“ sucht? Kann ein Land gleichzeitig Mitglied der Europäischen Gemeinschaft und der Dritten Welt sein?

Klar ist, daß in einer Zeit wirtschaftlicher Rezession nicht nur die Regierungen der wohlhabenden Länder, sondern mehr noch die armen auf ihren Geldbeutel schauen. Sollte UNCTAD VI den

## Schwedischer Thriller

# Der Spion, der auf das Postamt kam

Von Hannes Gamillscheg (Stockholm)

Alles ist da, was zu einem guten Polit-Thriller gehört: eine versuchte Entführung, mysteriöse Briefe, vernichtete Anweisungen und der große Unbekannte. Ein ungewöhnlicher Spionageprozeß hat vor einem Stockholmer Gericht begonnen. Schon nach dem ersten Verhandlungstag steht klar, daß Sven Roland Larsson wegen Spionage verurteilt werden muß. Doch eines ist unklar: Wer ist Sven Roland Larsson?

So lautete jedenfalls der Name unter einem Brief, der eines Tages von einem Taxifahrer in der polnischen Botschaft in Stockholm abgegeben wurde. Larsson bot Spiondienste an. Er sei in der Lage, geheime Informationen aus dem schwedischen Verteidigungsstab zu besorgen, schrieb der Mächtegen-Agent, legte eine Kostprobe bei und eine Rechnung über 25 000 Kronen. Die Antwort möge man postlagernd für S. R. Larsson auf dem Stockholmer Hauptpostamt hinterlegen.

Polens Botschafterin, die den Brief auf den Schreibtisch bekam, reagierte freilich anders, als Ostbotschafter in guten Spion-Thrillern zu reagieren pflegen. Sie rief die schwedische Sicherheitspolizei SAEO an. Sie mag eine Falle vermutet haben: der Brief kam in den naßkalten Frühlingstagen, in denen sich Schweden wegen bewiesener und vermuteter U-Boote im Zustand außenpolitischer Erregung befand. Als am 20. Mai ein Mann auf der Hauptpost nach Post für Sven Roland Larsson fragte, stand SAEO bereit. Als er mit einem Brief in der Hand das Postamt verließ, schnappten die Sicherheitswächter den vermuteten Spion. Es erwies sich, daß der Mann Oberleutnant der Luftwaffe mit direktem Zugang zu geheimen Informationen und aus diesem Grund in der „Sicherheitsgruppe 1“ klassiert war. Die Sache schien klar: ein äußerst primitiver Versuch, geheimes Wissen zu Geld zu machen, schien verübt zu sein.

Doch der Oberleutnant hatte eine andere Version. Er habe nur Briefträger gespielt und keine Ahnung vom Spionageversuch gehabt, erzählte er der Polizei. Eines schönen Tages, als er im schmucken „Djurgården“ spazierengelasse, sei er Zeuge einer versuchten Entführung geworden. Zwei Männer hätten versucht, einen dritten in ein Auto zu zerrn. Doch als er auftauchte, seien die Kidnapper blitzschnell verschwunden. Der, dem die Entführung galt, habe ihm für die Rettung gedankt. Ein Mann von südländischem Aussehen, 180 cm groß, gebrochen Schwedisch sprechend, so beschrieb ihn der Oberleutnant nun vor Gericht. Sie tauschten Namen und Adressen aus. Der Fremde hieß Sven Roland Larsson.

Nach einem Monat habe er einen Dankbrief erhalten, erzählt der Offizier weiter. Er enthielt eine Bitte: Ob er einen Brief auf der Hauptpost abholen wolle? Er solle auch die Antwort dorthin schicken; an S. R. Larsson, Postfach 29, Stockholm. Und er möge den Brief vernichten. Der Oberleutnant tat es. Wohl kam ihm die Bitte merkwürdig vor. Aber er hatte dem Fremden einmal geholfen und wollte ihn nicht im Stich lassen. Larsson konnte ja verhindert sein.

Es war der eigene Antwortbrief, den der Oberleutnant in den Händen hielt, als die SAEO zuschlug. Der Ankläger meint, es sei ein Alibibrief, vorsorglich geschrieben für den Fall, daß beim Angebot an die Polen etwas schief laufen würde. Er meint, der Oberleutnant selbst sei Sven Roland Larsson. 29 Schweden dieses Namens weist das zentrale Personenregister aus. Auf keinen paßt die Beschreibung des angeklagten Offiziers.

Die Gerichtsexperten blieben in ihren Aussagen neutral: Der Brief, den die polnische Botschaft der SAEO gab, weist keine Fingerabdrücke auf. Und die Handschrift könne zwar vom Oberleutnant stammen, müsse es aber nicht. Als Beweis reichten die Ähnlichkeiten nicht aus.

Entwicklungsländern greifbare Vorteile einbringen, würden weitere Staaten die Front wechseln. Momentan besteht aber für solche Hoffnungen wenig Anlaß. Besonders die USA ziehen eine einseitige Haltung durch, die dem Motte ihres derzeitigen Präsidenten entspricht: Wer am ist, ist selbst dran schuld.

In den Gängen des architektonisch äußerst gelungenen Save-Kongreßzentrums wird jetzt ernsthaft das Scheitern der nur alle vier Jahre stattfindenden Konferenz ins Auge gefaßt. Die Entwicklungsländer bereiten auf diese Eventualität hin bereits einen Text vor, der die eigentlich geplante gemeinsame „Erklärung von Belgrad“ ersetzen würde. All dies geschieht in einer beinahe gespenstischen Ruhe: Niemand zeigt Eile, niemand regt sich auf.

Für eine „Politisierung“ der Konferenz sorgte die in letzter Minute von der Gruppe der „77“ eingebrachte Resolutionsentwurf, der die „Ausübung wirtschaftlichen Drucks aus politischen Motiven“ verbietet will. Dahinter steht das kleine Nicaragua, das sich über den amerikanischen Wirtschaftskrieg beschwert, den der Boykott von Zuckerkäufen illustriert. Als „völlig unbegründet“ wies der Chefelektierer der USA diese Klage umgehend zurück, ohne mit der Wimper zu zucken. Die Redaktionsausschüsse der Konferenz sind jetzt dabei, den Resolutionstext so zu verewässern, daß ihn jedermann unterschreiben kann. Schließlich ist die Ausübung wirtschaftlichen Drucks auf andere Staaten kein Privileg der Amerikaner. Sogar gewisse arabische Länder sollen darin Erfahrung haben.